

---

**VISION 1: FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN WELTWEIT**

**1. Arbeits- und Menschenrechte weltweit schützen**

**Eine verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für deutsche Unternehmen entlang ihrer gesamten Lieferkette muss per Gesetz festgeschrieben werden.**

Ja

**Bei Verletzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht muss Betroffenen aus dem Ausland ermöglicht werden, deutsche Unternehmen vor deutschen Gerichten zu verklagen.**

Ja

**Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei zur Umsetzung dieser Forderungen ergreifen?**

Wir setzen uns für eine gesetzlich verbindliche Regelung in Deutschland ein. Unser Antrag „Zukunftsfähige Unternehmensverantwortung – Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten im deutschen Recht verankern“ (Bundestagsdrucksache 18/10255) fordert genau ein solches Gesetz. Folgenden Kernelemente menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten für Unternehmen sollten aus unserer Sicht in dem Gesetz festgeschrieben werden:

- eine fortlaufende, menschenrechtsbezogene Risikoanalyse;
  - geeignete Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen;
  - wirksame Abhilfemaßnahmen bei Menschenrechtsverstößen;
  - angemessene Organisationspflichten, d. h. Hinweisgebersysteme und Compliance -Strukturen;
  - Dokumentation und Berichterstattung über die ergriffenen Maßnahmen, die im Rahmen der nichtfinanziellen Berichte erfolgen, zeitgleich mit dem Lagebericht des Unternehmens veröffentlicht werden.
- Darüber hinaus fordern wir mehr Transparenz für die Lieferkette (Antrag BT-Drs. 18/10030) und wirksame Sanktionen bei Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen (Antrag BT-Drs. 18/10038).

**2. Fairer Handel statt Freihandel**

**Die Europäische Union soll die bilateralen Handelsabkommen mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten so schnell wie möglich rückgängig machen.**

Ja

**Wir fordern ein demokratisches und transparentes Welthandelssystem, das internationale Menschen- und Umweltrechtsabkommen über Handelsverträge stellt und sozial-ökologische Standards festschreibt.**

Ja

**Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei zur Umsetzung dieser Forderungen ergreifen?**

Wir haben das Ziel, eine neue Generation von Handelsabkommen auszuhandeln, mit denen wir neben klassische Handelsfragen auch soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards setzen. Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und dem Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens hat sich die Weltgemeinschaft zentrale Zielmarken gesetzt. Diese Zielmarken müssen für alle neuen Handelsabkommen gelten. Die Welthandelsorganisation (WTO) muss grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten Nationen neu belebt werden. Wir wollen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen und fordern neue Verhandlungen nach menschenrechtlichen, sozialen und Umweltstandards ohne Druck und Fristen. Wir wollen Entwicklungsländern handelspolitische Schutzmaßnahmen ermöglichen. Wir unterstützen den Prozess der Vereinten Nationen für ein verbindliches Abkommen über die Pflichten internationaler Konzerne. Abkommen wie TTIP, CETA, TiSA und JEFTA lehnen wir ab. Wir fordern Neuverhandlungen auf Grundlage sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Kriterien.

### **3. Faire Beschaffung zum Standard machen**

**Soziale und ökologische Kriterien müssen im Vergabegesetz als verbindliche Standards für die Einkaufspraxis von Bund, Ländern und Kommunen festgeschrieben werden.**

Ja

**Bei der öffentlichen Beschaffung müssen ausschließlich konkrete, unabhängige Nachweise als Belege zur Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien gelten.**

Ja

**Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei zur Umsetzung dieser Forderungen ergreifen?**

Um Unternehmen dazu zu bringen, Mechanismen zur Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten einzurichten, muss der Staat Anreize schaffen. So sollten die Zuschlagskriterien der öffentlichen Beschaffung an die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfalt gekoppelt werden. Flankierende Beratungsangebote sollten die Umsetzung unterstützen. Der Ausschluss von Ausschreibungen kann als mögliche Sanktion gegen Unternehmen verwendet werden, die Rechtsverstöße begangen haben.

Wir wollen eine öffentliche Beschaffung, die innovativen, umweltverträglichen Produkten und Technologien zum Durchbruch verhilft und umwelt-, sozial- und menschenrechtliche Verpflichtungen verbindlich einhält. Dies wollen wir für den Bund verbindlich regeln. Die Kommunen und Länder wollen wir bei fairer und nachhaltiger Beschaffung noch mehr unterstützen, und darum u.a. die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung stärken und vertrauenswürdige Label weiter ausbauen.

## **VISION 2: EINE BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT, DIE ALLE MENSCHEN ERNÄHRT**

### **4. Entwicklungspolitik muss Kleinbäuer/innen fördern**

Die Entwicklungszusammenarbeit muss Bauernorganisationen, Genossenschaften und Landarbeitergewerkschaften stärken und die lokale Weiterverarbeitung sowie den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten fördern.

Ja

Kleinbäuer/innen und ihre Organisationen müssen bei der Entwicklung von Landwirtschaftspolitik und -projekten der Entwicklungszusammenarbeit stärker beteiligt werden.

Ja

Im Dialog und bei der Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren sollte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit insbesondere den Fairen Handel als Best Practice-Ansatz des nachhaltigen Wirtschaftens unterstützen.

Ja

**Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei zur Umsetzung dieser Forderungen ergreifen?**

Wir stehen für eine nachhaltige, standortangepasste, bäuerliche Landwirtschaft weltweit. Diese dient der partizipativen Umsetzung des Rechts auf Nahrung, schützt die Ressourcen, fördert Biodiversität und Saatgut-Vielfalt und schafft Perspektiven für Bäuerinnen und Bauern durch mehr Wertschöpfung vor Ort. Fairer Handel ist unser Leitbild dabei. Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Zudem wollen wir Nahrungsmittelspekulation eindämmen und den Zugang zu Land sichern, dazu sollen die FAO-Leitlinien zur Nutzung von Land eingehalten werden, auch von privaten Investoren.

### **5. Eine Agrarpolitik, die eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft fördert**

Die EU-Agrarpolitik muss neu ausgerichtet werden. Die pauschalen Flächenzahlungen müssen abgeschafft werden. Es braucht ein neues Berechnungs- und Anreizsystem, das landwirtschaftliche Leistungen für die Umwelt und die Gesellschaft honoriert.

Ja

Die europäische Agrarpolitik muss kohärent mit den nachhaltigen Entwicklungszielen sein. Es sollte ein regelmäßiges Monitoring ihrer Auswirkungen auf die Märkte des Südens geben sowie Beschwerdemechanismen für Produzent/innen in Entwicklungsländern.

Ja

**Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei zur Umsetzung dieser Forderungen ergreifen?**

Wir werden uns bei der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU für eine grundsätzliche Überarbeitung des bestehenden Systems einsetzen – für mehr Umwelt-, Tier- und Klimaschutz und für mehr internationale Gerechtigkeit und einen fairen Handel. Mehr dazu ist hier zu finden:

<https://www.gruene-bundestag.de/agrar/gesellschaftliches-geld-fuer-gesellschaftliche-leistung-13-02-2017.html>

#### **6. Konzernmacht eindämmen und unfaire Handelspraktiken verbieten**

**Die Wettbewerbspolitik muss reformiert werden. Sie muss auch das Wohl von Produzent/innen und zukünftigen Konsument/innen im Blick haben. Die Fusionskontrolle muss verschärft werden, um der übermäßigen Nachfragemacht und der erhöhten Marktkonzentration im Einzelhandel zu begegnen.**

Ja

**Darüber hinaus muss eine starke deutsche und/oder europäische Regulierung durchgesetzt werden, die unlautere Handelspraktiken effektiv unterbindet.**

Ja

**Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei zur Umsetzung dieser Forderungen ergreifen?**

Wir setzen uns für fairen Wettbewerb ein. Er ermöglicht VerbraucherInnen Wahlfreiheit und schützt sie vor unfairen Geschäftsbedingungen. Dafür wollen wir den Kartellbehörden ein schärferes Schwert in die Hand geben. Zukünftig sollen sie marktbeherrschende Unternehmen als letztes Mittel auch zur Aufspaltung zwingen können. Die Ministererlaubnis wollen wir so reformieren, dass Gemeinwohlbelange breiter und transparenter berücksichtigt werden müssen und Marktmacht besser entgegen gesteuert wird. Deshalb hatten wir die Ministererlaubnis im Fall Edeka/Kaisers Tengelmann abgelehnt.

#### **VISION 3: MENSCHENWÜRDIGER UMGANG MIT ALLEN**

#### **7. Eine humane und integrative Asylpolitik mit fairen Asylverfahren**

**Asylsuchende müssen die Möglichkeit auf ein zügiges und faires Asylverfahren inklusive sorgsamer Einzelfallprüfung haben.**

Ja

**Das Menschenrecht auf Asyl darf nicht eingeschränkt werden – auch nicht auf europäischer Ebene.**

Ja

**Der Nachzug der Familien anerkannter und subsidiär geschützter Personen muss zügig und ohne Hürden ermöglicht werden.**

Ja

**Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei zur Umsetzung dieser Forderungen ergreifen?**

Das Grundrecht auf Asyl ist ein zentraler Eckpfeiler grüner Menschenrechtspolitik. Mit uns wird es keine Obergrenze geben. Stattdessen wollen wir das Asylverfahren fairer und effizienter machen, dazu gehört auch eine unabhängige Verfahrensberatung für AsylantragstellerInnen. Den Familiennachzug wollen wir erleichtern, denn Integration geht nicht ohne Familie. Dazu wollen wir die Aussetzung des Nachzugs zu subsidiär Geschützten (bspw. Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien) aufheben und die Verfahren in den Botschaften beschleunigen.

**8. Ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben für Geflüchtete**

Geflüchtete sollen ihr Leben in Deutschland so weit wie möglich selbstständig und selbstbestimmt führen können. Dazu benötigen sie frühzeitig Zugang zu Deutschkursen unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Insbesondere junge Geflüchtete müssen raschen Zugang zu Bildung und Ausbildung erhalten.

Ja

Unnötige äußere Einschränkungen durch Arbeitsverbote, Wohnsitzauflagen, die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften oder die fehlende Anerkennung von schulischen und beruflichen Qualifikationen aus dem Heimatland behindern die Inklusion von Geflüchteten und müssen deshalb abgeschafft werden.

Ja

**Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei zur Umsetzung dieser Forderungen ergreifen?**

Wer Teil dieser Gesellschaft werden soll braucht Rechte und Zugänge. Wer Teil dieser Gesellschaft sein will, braucht Sprache und Motivation. Grüne Politik fördert Teilhabe, unterstützt die Ankommenden und die hier Lebenden. Die Integrationskurse müssen unabhängig von der Bleibeperspektive geöffnet werden, junge Flüchtlinge brauchen Zugang zu Schulen, ggf. auch über das 18. Lebensjahr hinaus. Auch für sie gilt die grüne Ausbildungsgarantie. Daneben wollen wir auch die Kommunen und die engagierte Vereine und Einzelpersonen unterstützen, denn ohne sie ist eine Integration in die Zivilgesellschaft schwer möglich.

**9. Ein gutes Zusammenleben ohne Rassismus und Diskriminierung fördern  
Unterstützt Ihre Partei unsere Forderungen?**

Rechtsradikale Gewalt und rechtspopulistische Stimmungsmache müssen klar als solche identifiziert und verurteilt werden. Antirassistische Bildungsarbeit muss gefördert werden.

Ja

Ehrenamtliches zivilgesellschaftliches Engagement für eine gelungene Inklusion braucht hauptamtliche Unterstützung, Koordination, Qualifizierung und Finanzierung.

Ja

## **Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei zur Umsetzung dieser Forderungen ergreifen?**

Gegen rechtsextreme Tendenzen wollen wir die Präventions- und Bildungsarbeit verstärken und die Zivilgesellschaft unterstützen. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz wollen wir eine Zäsur. Die Morde der NSU haben gezeigt, dass die Verfassungsschutzämter gegenüber dem Rechtsterrorismus versagt haben. Wir setzen dabei auf einen Vorrang guter Polizeiarbeit gegenüber Geheimdiensttätigkeit. Die Gefahr, die zum Beispiel durch radikale „Reichsbürger“ ausgeht, hat gezeigt: Das Waffenrecht muss schärfer gefasst werden.

Ehrenamtlich Tätige sind freiwillig und hochmotiviert unterwegs. Gleichwohl brauchen sie unsere Unterstützung. Erforderlich sind angemessene Aufwandsentschädigungen, Übernahme von Haftpflicht- und Unfallversicherung, Qualifizierung und (möglichst zertifizierte) Weiterbildungsmöglichkeiten, Nachweise für Lebensläufe, aber auch Auszeichnungen wie Ehrenamtsnadeln und die JugendleiterIn-Card. Um Engagierte zeitlich zu entlasten, sollten Weiterbildungen, die für freiwilliges Engagement benötigt werden, als Bildungsurlaub anerkannt werden können. Gleichzeitig wollen wir mehr Geld im Bundeshaushalt für Fortbildungen und Supervision bereitstellen - damit Herausforderung nicht in Überforderung mündet. Mehr dazu unter: [https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/fraktion/beschluesse/Beschluss\\_Buergerschaftliches\\_Engagement.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Buergerschaftliches_Engagement.pdf)